Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

29.1.1864 (No. 24)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 29. Januar.

Nr. 24. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate Februar und März der Karlsruher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 28. Januar.

Dienstnachrichten.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 23. d. Mts. gnädigst geruht,

dem Post- und Bahnverwalter Karl Ries in Appenweier die Post- und Eisenbahn-Expedition Durlach,

dem Postoffizialen Emil Keller in Freiburg, unter Ernennung zum Post- und Bahnverwalter, die Post- und Eisenbahn-Expedition Appenweier zu übertragen; ferner

den Postpraktikanten Friedrich Sauerbeck zum Sekretär bei der Direktion der Main-Neckar-Eisenbahn zu ernennen, und

dem Revisionsgehilfen Ottmar Dambacher bei der Rechnungsrevision derselben Direktion die Staatsdiener-Eigenschaft zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

⊜ **Frankfurt**, 28. Jan. Bundestags-Sitzung. Ein Antrag Kurhessens auf Beschleunigung der Regelung der Erbfolge, eine Anfrage der Bundeskommissäre wegen Einberufung der Stände, und die Adresse der holsteinischen Landesdeputation wurden dem holsteinischen Ausschuß zugewiesen. Hr. v. d. Pfordten erklärte, sein Bericht über die Erbfolge sei fertig.

Berlin, 28. Jan. (Sch. M.) Warschauer Briefe vom 25. melden, daß nach dem „Dziennik" Berg Instruktion erhalten hat, Polen künftig militärisch zu verwalten.

△△ **München**, 28. Jan. Die „Bayerische Ztg." widerspricht der Behauptung des „Volksboten", daß Bayern sich zu der Politik der deutschen Großmächte bekehrt und daß die Mittelstaaten sich überhaupt zu der Großmachtspolitik hingewendet haben. Der Standpunkt Bayerns sei, wie aus den thatsächlichen Verhältnissen erhelle, unverändert; es sei ein unmotivirter Schluß, aus einzelnen, aus dem Zusammenhang gerissenen Worten auf eine „Verständigung" zu folgern; vielmehr sei das Gegentheil richtig.

△ **Hamburg**, 28. Jan. Man meldet aus Kiel vom 27. d.: In der letzten Nacht ist der Befehl eingetroffen, daß die Vorhut vorzugehen habe. Morgen werden wahrscheinlich die Truppenbewegungen gegen den Eiderkanal beginnen.

† **Kiel**, 27. Jan., Abends. Morgen werden die Preußen die Eider überschreiten. Sie haben 2600 Wagen requirirt.

Kopenhagen, 27. Jan., 9¾ Uhr Vormittags. (W. T.-B.) Der neue Reichsrath wird wahrscheinlich sehr bald zusammenberufen werden. „Berlingske Tidende" bringt bereits die Ernennung der Wahlvorsteher für Schleswig.

†† **Kopenhagen**, 28. Jan. In der gestrigen Adreßdebatte des Landsthings erwiederte Monrad auf die Anfrage Plougs, es sei schwer zu sagen, auf welche Abmachung man eingehen wolle, leichter, auf welche man nicht eingehen wolle. Auf ein selbständiges Schleswig-Holstein, ein selbständiges Schleswig oder eine Theilung Schleswigs werde man nie eingehen. Die Adresse wurde einstimmig angenommen.

London, 27. Jan. (Sch. M.) Die brittische Flotte im Mittelmeer wird vermehrt werden. Im Fall an der Eider Feindseligkeiten beginnen, soll sie sofort in's Adriatische Meer geschickt werden. — Consols 90¾.

†* **London**, 28. Jan. „Daily News" schreibt: Wie verlautet, werden 20,000 bis 30,000 Mann Truppen auf den Kriegsfuß gesetzt, um die Vorstellungen gegen die Invasion Schleswigs zu unterstützen und den eventuellen Verpflichtungen Englands nachzukommen. Die Kanalflotte wird täglich zurückerwartet.

Paris, 28. Jan. Im Gesetzgeb. Körper wurde gestern die Debatte über Mexiko fortgesetzt. Jules Favre griff die Expedition lebhaft an und verglich den Feldzug nach Mexiko mit demjenigen des ersten Kaiserreichs nach Spanien. Minister Rouher erklärte in warmer Rede, die Expedition komme unserm Seehandel zu Statten; er wünsche gleichfalls die baldige Räumung, aber dies könne erst geschehen, nachdem das allgemeine Stimmrecht gesprochen. Die Errichtung der Monarchie werde ein Glück für Mexiko sein. Nach dieser Rede wurde das Amendement der Opposition mit 201 gegen 47 Stimmen verworfen.

Deutschland.

Frankfurt, 27. Jan. Die „Weim. Ztg." sagt: Hr. v. d. Pfordten ist mit seinem umfangreichen Bericht über die Erbfolge-Frage so weit gediehen, daß noch im Lauf dieser Woche die Mittheilung desselben ermöglicht werden dürfte, zumal auch das österreichische Votum seit einigen Tagen bereits dem Hrn. v. Kübeck aus Wien zugegangen ist. Sind wir recht berichtet, so ist die Zulassung eines Bevollmächtigten des Herzogs Friedrich, ehe die Erbfolge-Frage selbst in direkter Weise entschieden sei, angeregt worden; es scheint indessen, als habe der etwas weitläuftigere Weg größere Anerkennung gefunden, und daraus erklärt sich die, wie wir hoffen, nur geringfügige Verzögerung, welche die Entscheidung dieser wichtigen Frage erlitten hat.

× **Frankfurt**, 27. Jan. Ueber die in der Bundestags-Sitzung vom 22. d. M. ausgeglichene Differenz zwischen Generalleutnant v. Hake und dem Feldmarschall Wrangel können wir folgendes Zuverlässige mittheilen. Am 18. Jan. machte Kriegsminister v. Roon dem General v. Hake die schriftliche Anzeige von dem bevorstehenden Durchmarsch der Preußen und stellte zugleich, „um mögliche Kollisionen zu vermeiden", die Aufforderung an v. Hake, sich unter das Oberkommando Wrangel's zu stellen. Tags darauf, am 19. d., folgte ein direkter Brief von Wrangel an Hake, worin er unter Bezugnahme auf das Schreiben des Kriegsministers die Anfrage stellte, ob und welche Dispositionen General v. Hake in Ausführung der Befehle des Hrn. v. Roon getroffen habe? v. Hake erwiederte sofort nach Berlin, er sei „Bundesgeneral" und stehe somit nur unter den Befehlen des Bundes; um Kollisionen zu vermeiden und den Thatsachen nachgebend, wolle er seine Aufstellung jedoch so nehmen, daß der Durchmarsch nicht gehindert sei. Zu gleicher Zeit wandte er sich aber unter Vorlage der erwähnten Korrespondenz mit einer Beschwerde an den Bund. In der Sitzung vom 22. kam der Gegenstand zur Verhandlung. Sowohl Hr. v. Kübeck als Hr. v. Sydow waren über das Mitgetheilte nicht wenig überrascht und schlossen sich ohne Weiteres der ausgesprochenen Anerkennung, welche die hohe Versammlung dem General v. Hake einstimmig votirte, an. Hierauf erfolgte die bekannte zweite „beruhigende" Erklärung der Großmächte.

Augsburg, 25. Jan. Wie in Aschaffenburg, Würzburg, Nürnberg u. s. w., so wurde der holsteinischen Landesdeputation auf ihrer Reise nach München auch hier ein enthusiastischer Empfang zu Theil.

München, 26. Jan. Se. Maj. der König empfing heute Nachmittag fünf Mitglieder der großen schleswig-holsteinischen Deputation, die ihm folgende Adresse überreichten:

Allerdurchlauchtigster u. s. w. Die ehrfurchtsvoll unterzeichnete Landesdeputation aus dem Herzogthum Holstein naht sich dem Throne Ew. Königl. Majestät, um den Gefühlen des Dankes und der Hoffnung, welche uns und unser Volk beseelen, einen lauten und wahrhaften Ausdruck zu geben. In dem schweren Kampfe, welchen wir Schleswig-Holsteiner für das Recht unseres Landes und unseres rechtmäßigen Landesherrn bestehen, haben wir keinen andern Trost und keine andere Hoffnung, als den Schutz und den Beistand der deutschen Fürsten und des deutschen Volks. Unsere Hoffnung wird nicht zu Schanden. Wenn auch die Regierungen der beiden größten deutschen Staaten bis auf den heutigen Tag unserer gerechten Sache kalt und abweisend gegenüberstehen, — mit desto mehr Theilnahme und Eifer sind in den meisten übrigen Theilen Deutschlands Fürst und Volk einträchtig für uns eingetreten. Auf dem weiten Wege, den wir von unserer Heimath bis hieher zurücklegten, sind wir mit einer Begeisterung und Bruderliebe empfangen worden, welche uns die beste Gewähr für den guten Erfolg unserer Sache sind. Wir können nicht allen deutschen Fürsten, welche uns wohlwollen, persönlich unsern Dank darbringen. Darum wenden wir uns ausschließlich an Ew. Kön. Majestät, denn Ew. Majestät sind von allen Fürsten, die für uns einstehen, durch Ihre Macht am meisten berufen, der Schirmherr deutschen Rechts und deutscher Ehre zu sein, und haben diesen hohen Beruf treu erfüllt. Allerdurchlauchtigster König! Im Namen des holsteinischen Volks, das uns gesandt hat, und im Namen unserer schleswigschen Brüder, deren Stimme noch vor dänischen Bayonnetten verstummen muß, bringen wir Ew. Kön. Majestät unsern allerunterthänigsten tiefgefühlten Dank dar für den hochherzigen Beistand, welchen Ew. Majestät unserer Sache bisher am Deutschen Bundestage haben angedeihen lassen. Und in fester, erhebender Hoffnung bitten wir zugleich, Ew. Kön. Majestät wolle geruhen, uns auch für die Zukunft Ihren mächtigen Schutz zuzuwenden, damit das Recht unseres Herzogs Friedrich und unseres Landes sofort allgemein anerkannt, kräftig durchgeführt und solchergestalt mit unserem Recht das Recht und die Ehre Deutschlands bereitet und befestigt werden mögen.

Die Adresse wurde von Pastor Gardthausen aus Barmstedt überreicht, der ihr noch mündlich einige Worte hinzufügte, insbesondere über die Zusammensetzung der Deputation. Nach der „Bayer. Ztg." erwiederte Se. Maj. der König auf die Ansprache der schleswig-holsteinischen Deputation:

Es freut Mich, zu vernehmen, daß, was Ich in Ihrer Angelegenheit bisher gethan, in Holstein selbst Anerkennung findet. Meine Ansichten sind bekannt, Ich habe sie offen ausgesprochen. Ich werde auch in der Folge an denselben festhalten, und hoffe, daß das von Mir erstrebte Ziel ungeachtet der entgegenstehenden Hindernisse dennoch wird erreicht werden. An Meiner Mitwirkung hiezu wird es nicht fehlen.

Se. Majestät unterhielt sich hierauf mit den einzelnen Mitgliedern der Abordnung über die Zustände ihres Heimathlandes, wobei Höchstderselbe u. A. ausdrücklich hervorhob: wie sehr es ihm jetzt zur Genugthuung gereiche, dem Londoner Protokoll die Zustimmung verweigert zu haben.

Vor der Residenz harrten die übrigen Mitglieder der Deputation und eine große Menschenmenge, die, als die Antwort des Königs bekannt wurde, in begeisterte Hochrufe ausbrach, auf welche der König am offenen Fenster freundlich dankte.

München, 27. Jan., Mittags. (W. T.-B.) Die schleswig-holsteinische Landesdeputation ist heute nach herzlichstem Abschied über Regensburg nach Nürnberg abgereist. Vorher ließ sie Plakate nachstehenden Inhalts anschlagen: „Herzlicher Dank sei Sr. Majestät, Euerm König, dem Schirmherrn unseres Rechtes! Herzlicher Dank Euch Allen für Eure Treue und Liebe! Das Vertrauen auf Euch begleitet uns in unsere Heimath."

Mainz, 27. Jan. In der Sitzung des Bezirksgerichts wurde heute das Urtheil gegen Warburg und Gen. wegen der Broschüre „Schwester Adolphe" verkündet. Warburg ist zu 6 Monaten Korrektionshaus, auf welche zwei Monate der Untersuchungshaft abgerechnet werden sollen, und 100 fl. Geldbuße, Baist zu 2 Monaten Haft und 100 fl. Strafe verurtheilt, ferner sind Beide solidarisch zur Tragung der Kosten verpflichtet. Der der Verbreitung der Broschüre angeklagte Buchhändler Jourdan ist freigesprochen.

Kassel, 26. Jan. (A. Z.) Auf das Schreiben des Ständeausschusses wegen der Einberufung der Stände erfolgte eine Antwort der Regierung vom 23. Jan., des Inhalts: Die Regierung habe für Schleswigs Besetzung vorbehaltlich der Erbfolge-Frage gestimmt, um Schleswig vom dänischen Druck zu befreien und eine Spaltung in Deutschland zu verhüten. Auf schleunige Entscheidung der Erbfolge-Frage zu dringen, darauf hinzuwirken, daß man diesem Recht volles Genüge thue, halte die Regierung für allein möglich, und finde deßhalb vorerst keinen Grund, den Beirath der Stände zu hören.

Dresden, 23. Jan. In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer ergriff der Minister v. Beust zum zweiten Mal das Wort, nachdem der Abg. Heyner seine unverwüstliche Hoffnung auf den Sieg der guten Sache ausgesprochen hatte. Er sagte im Wesentlichen:

Man wird hoffentlich der sächsischen Regierung nicht zutrauen, daß sie von dem Standpunkt, welchen sie eingenommen hat, um einen Schritt breit abweicht; man kann versichert sein, daß die Regierung, wie sie den Drohungen und Einschüchterungen zu widerstehen weiß, ebenso auch mit Vorsicht und mit nicht zu großer Uebereilung solchen Regungen folgen werde, welche in Folge von Annäherungsversuchen sie ankommen könnten. Die Regierungen von Oesterreich und Preußen haben bekanntlich in der Angelegenheit der deutschen Herzogthümer sich von Haus aus auf den Londoner Vertrag gestellt; sie haben zwar wiederholt ausgesprochen, daß die Giltigkeit dieses Vertrags von der Erfüllung gewisser von Dänemark übernommenen Verpflichtungen abhänge, gerade damit aber zugestanden, daß sie unter Umständen sich an denselben gebunden halten würden. Ich will, um auch dem Gegner Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, nicht verschweigen, daß die Absicht nicht dahin geht, auf Wiederherstellung desselben Zustandes hinzuwirken, worin die deutschen Herzogthümer sich bis vor kurzem befunden haben und zum Theil noch befinden. Ich weiß sehr wohl und will Das gern öffentlich aussprechen, daß sie, vorausgesetzt, daß die Integrität der dänischen Monarchie erhalten werde, für die Herzogthümer alles mögliche Ersprießliche und Vortheilhafte in Aussicht nehmen. Man hofft eine Personalunion mit vollständig administrativer und verfassungsmäßiger Trennung von Dänemark zu erreichen, gleichwie ein ähnliches Verhältniß zwischen Schweden und Norwegen besteht. Allein alles Das hindert nicht, daß die sächsische Regierung und mit ihr, wie wir hoffen dürfen, die Mehrzahl, die überwiegende Mehrzahl der deutschen Regierungen sich um keinen Preis auf diesen Standpunkt stellen wird. (Bravo von allen Seiten.)

Wir werden dabei einestheils durch den Zweifel geleitet, ob es überhaupt den Mächten gelingen werde, solche weitgehende Zugeständnisse zu erlangen, Zugeständnisse, welche zu verlangen sie hauptsächlich dadurch veranlaßt worden sind, daß von andern Staaten eine so starke und so nachhaltige Opposition gegen den Londoner Vertrag erhoben ist, auf dessen Boden sie jetzt, um den Vertrag erträglicher zu machen, diese Zugeständnisse anstreben. Nächstdem ist noch ein anderer Zweifel erlaubt, nämlich, ob und welche Garantien es denn wohl möglich sei, zu erlangen, um diese Zugeständnisse zu wirklichen und werthvollen zu machen, und in dieser Beziehung halten die Erfahrungen, welche man in den letzten zwölf Jahren gemacht hat, von jeder ernsten Erwartung ab. Ja selbst, was vielleicht in Aussicht genommen werden mag, wenn es gelingen sollte, für den Bund in den Herzogthümern eine neue Festung zu gewinnen, so würden wir hierin eben so wenig eine wahre Garantie für die Erfüllung der dänischen Versprechungen erblicken; denn wir dürften uns füglich fragen, was es wohl dem Bund helfen würde, wenn er in den Fall kommen sollte, für die Verfassungszustände im Großherzogthum Luxemburg einzutreten, daß in der Stadt Luxemburg sich preußische Truppen befinden? (Allseitiges Bravo.)

Allein für die Regierung ist ein anderer Gesichtspunkt noch viel bedeutender und entscheidender; sie geht zwar in ihren Bestrebungen und For-

derungen viel weiter, als es gegenwärtig Oesterreich und Preußen thun, ihr Ausgangspunkt ist aber keineswegs ein willkürlich geschaffener, sondern ein durch die Lage der Dinge gegebener. Er beruht auf der Vertheidigung des Rechts, er beruht darauf, daß die Regierung sich von Anfang an dafür ausgesprochen hat, es müsse einem angemeldeten Rechtsanspruch auch sein Recht werden, wenn er begründet sei. Diesen Standpunkt wird sie nicht verlassen, und es ist durchaus nicht zu der Besorgniß Anlaß gegeben, daß durch neue Ereignisse ein Zwischenfall eintrete und irgend eine Aenderung in der Erbfolge-Frage hervorbringe. Im Gegentheil werden die gleichgesinnten Regierungen darin einen gerechtfertigten Grund mehr finden, um die Sache endlich baldigst zur Entscheidung und zum Austrage zu bringen. An diese Entscheidung aber, über welche wir nicht in Zweifel sind, knüpfen sich dann auch die Ansprüche, welche auf dieser Basis der Deutsche Bund zu machen haben wird in Bezug auf Schleswig.

Wenn ich nun der hohen Kammer die Versicherung ertheile, daß von diesem Standpunkt nicht werde abgewichen werden, so wird man mir vielleicht einhalten, wie es denn um die Sicherstellung dieses Standpunktes und seine Geltendmachung bestellt sei? Es ist bekannt, daß die sächsische Regierung sich beim Bundestag in dieser Angelegenheit mit großer Entschiedenheit ausgesprochen hat; man macht ihr sogar von mancher Seite den Vorwurf, hierin zu weit gegangen zu sein, was ich indessen in keiner Weise zugestehen kann. Wir beklagen noch heute sehr den Entschluß, den uns die Großmächte angekündigt haben; aber wir müssen, wie die Sachen jetzt stehen, uns vor Allem fragen, wie denn die Sache faktisch liegt, welche Gefahren zu besorgen sind, und was geschehen kann, um diese Gefahren zu beseitigen. Aus dem Unternehmen der beiden Mächte, Schleswig auf ihre eigene Hand zu besetzen, könnte eine doppelte Gefahr für uns erwachsen, einmal eine Gefahr in Beziehung auf die Unabhängigkeit der Bundesverwaltung und Bundesbesatzung in Holstein, und dann eine Gefahr für die Möglichkeit der Geltendmachung eines spätern Bundesbeschlusses in Beziehung auf Schleswig. Was die erstere betrifft, so bin ich glücklich, Ihnen mittheilen zu können, daß diese als beseitigt zu betrachten ist, und ich darf wohl für die sächsische Regierung das Verdienst einigermaßen in Anspruch nehmen, daß sie wesentlich dazu beigetragen hat, indem sie in der Sitzung vom 14. Jan. sofort den Punkt berührte, der ihr die schwache Seite des gegenseitigen Unternehmens schien, nämlich den Durchmarsch durch Holstein, indem sie entschieden dagegen Verwahrung einlegte, daß ohne Weiteres der Durchmarsch durch das vom Bunde besetzte Land erfolge. Es ist erreicht, daß die beiden Mächte der Bundesversammlung eine Erklärung abgegeben haben, welche nicht allein in indirekter Weise eine Zustimmung zum Durchmarsch in Anspruch nimmt, indem sie die Hoffnung ausspricht, daß die Bundesverwaltung dieselbe nicht verweigern werde, sondern auch, was viel wichtiger ist, bestimmt erklärt und ausspricht, daß es nicht die Absicht sei, die Bundesverwaltung und Bundesbesetzung von Holstein zu beeinträchtigen.

Diese Zusicherung ist allerdings für uns unter den jetzigen Umständen von großem Werth. Es wird lediglich Sache der jetzt bestellten Kommissäre sein, zu entscheiden, wer in Holstein sich aufhalten dürfe oder nicht, und sollte hiergegen irgend ein Versuch gemacht werden, so würde das eine Verletzung einer eben ertheilten Zusage sein, woran in keiner Weise zu glauben ist.

Was nun die zweite Gefahr betrifft, nämlich für die spätere Durchführung einer Entscheidung des Bundes in der schleswigschen Frage, so ist nicht außer Acht zu lassen, daß wir doch nicht, wenigstens nicht eher als solche Ereignisse eingetreten, daran glauben mögen, daß, wenn in der Zwischenzeit, nachdem die Besetzung von Schleswig-Holstein durch österreichische und preußische Truppen ohne Schwertstreich erfolgt sein sollte, wenn, sage ich, inmittelst ein Bundesbeschluß gefaßt würde in Beziehung auf Schleswig, dann die österreichisch-preußische Besetzung einer dänischen Besitzergreifung weichen sollte, wenn eben von Seiten des Bundes eine Besitzergreifung Schleswigs beschlossen wäre. Ich mag ebensowenig daran glauben, daß in dem Fall, wo die deutschen Bundestruppen sich in Bewegung setzen sollten zu diesem Zweck, ihnen Gewalt in den Weg gelegt werden würde. Das sind Ereignisse, an welche der Patriot meiner Ansicht nach erst an dem Tage glauben kann, wo sie wirklich eintreten. Daß inmittelst der Deutsche Bund und seine Glieder sich auf alle solche Eventualitäten gefaßt machen und in Zeiten vorsehen müssen, das ist allerdings auch die Ansicht der diesseitigen Regierung. Allein ich glaube, für jetzt ist nicht ernstlich an diesen Fall zu denken, und nur darauf zu bestehen, daß eben von dem Standpunkt, den die Mehrheit der Regierungen in der erwähnten Sache eingenommen hat, nichts aufgegeben werde, und die Ansprüche auf Durchführung einer spätern Entscheidung, soweit sie Schleswig betriffen, nicht vereitelt werden dürfen.

Lassen wir nun aber auch noch eine dritte Eventualität nicht ganz außer Augen. Nach Wahrscheinlichkeitsberechnungen, wie wir sie angestellt haben, liegt allerdings die Vermuthung ziemlich nahe, daß die Besetzung Schleswigs durch österreichisch-preußische Truppen ohne Schwertstreich vor sich gehen werde, weil unserer Ansicht nach die Interessen Dänemarks einen solchen Ausgang entschieden vorzeichnen. Allein bei der großen Erregtheit, wie sie einmal besteht, ist immer ein anderer Ausgang möglich; und denken wir uns, daß es wirklich zum Ausbruch von Feindseligkeiten kommt, so will ich gern den Andeutungen Glauben schenken, die uns deßhalb gemacht worden sind, daß in diesem Fall die deutschen Mächte sich nicht mehr auf den Londoner Vertrag stellen werden. Ist dies aber der Fall, dann treten sie ja auch in dem Zweck des Einschreitens in Schleswig auf die Seite des Bundes, und der übrige Bund wird ihnen zur Unterstützung willkommen sein, um so mehr, je weniger wir jetzt den Widerstand über die Grenze hinaus erstrecken, wo er sofort zu innerm Konflikt, ja zum Bürgerkrieg führen würde. Soll Deutschland aber, wie es der Bericht so entschieden hervorhebt, seine Angelegenheiten allein ohne jede Einmischung des Auslandes zum Austrag bringen, dann freilich wird es auch Pflicht sein, darauf Bedacht zu nehmen, daß kein Faden abgerissen werde, woran sich noch in der zwölften Stunde die Möglichkeit einer Vereinigung des gesammten Deutschlands anknüpfen läßt.

Dies ist im Allgemeinen der Standpunkt, von welchem aus die sächsische Regierung die Angelegenheit betrachtet, und Sie werden dann wohl von selbst ermessen, daß unter den gegebenen Umständen von einer Verhinderung des Durchmarsches der österreichisch-preußischen Truppen durch Holstein nicht mehr die Rede sein, Angesichts wenigstens der bestimmten Zusicherungen, die dagegen gegeben worden sind, und in Erwägung der Verhältnisse, wie sie sich zur Zeit herausgestellt haben. Die sächsische Regierung hat sich in der Angelegenheit von Anfang an bis auf den heutigen Tag im vollen Bewußtsein der Wichtigkeit der Sache unablässige Thätigkeit und Wachsamkeit zur Aufgabe gemacht. Man würde vielleicht von manchen Seiten darin ein Uebermaß von Eifer erblicken. Die Regierung wird aber in diesem Eifer nicht erkalten, wiewohl die Aufgabe einer Regierung, welche in diesem Augenblick sich in dieser Angelegenheit voranstellt, keine leichte ist, sondern eine mühe- und dornenvolle, reich an Erfahrungen guter und schlimmer Art. Allein die Kammer wird, indem sie, wie ich hoffe, dem Bestreben der Regierung Gerechtigkeit widerfahren läßt, auch nicht vergessen, daß von ihr allein, von der sächsischen Regierung, die Entwicklung und der Fortgang der Sache nicht allein abhängt, und daß die Regierung, um den wünschenswerthen Einfluß in der Sache zu bewahren, den sie durch ihren jetzigen Eifer vielleicht errungen hat, auch Rücksicht nehmen muß auf manche Verhältnisse, die nicht von ihr abhängen und dennoch beachtet werden müssen, wenn gerade das Zusammengehen mit den andern Regierungen ungestört fortbestehen soll.

Zum zweiten Mal sprach Hr. v. Beust, nachdem der Berichterstatter Mammen gesprochen, und äußerte u. A.:

Wie ich bereits anerkannte, ist es nicht unsern Wünschen entsprechend, daß unter den Umständen, wie es geschieht, Seitens der beiden Mächte zur Besetzung von Schleswig-Holstein geschritten wird. Wir verkennen nicht, es ist schlimm, daß unter Umständen diese Mächte dadurch auf dem Standpunkt, den sie zu unserm Bedauern eingenommen, noch mehr befestigt werden; aber den Ansprüchen des Deutschen Bundes auf Vollziehung seiner Beschlüsse ist damit nichts vergeben, und wie ich schon sagte, die thatsächliche Behinderung der Ausführung dieser Beschlüsse müssen wir erwarten, ehe wir daran glauben. Allein es ist auch Pflicht, selbst an diese Möglichkeit zu denken. Es ist am 14. Jan. ein eigentlicher Beschluß eben nicht gefaßt worden; wäre die Abstimmung aller Mitglieder der Mehrheit so ausgefallen wie diejenige der sächsischen Regierung, dann wäre ein Beschluß da; allein es ist blos eine Ablehnung erfolgt, und deßhalb ist auch der Zweifel daran erlaubt, ob bei dem Vorgehen der beiden Mächte jetzt von einer Zuwiderhandlung gegen einen gefaßten Beschluß streng genommen die Rede sein kann, und wegen dieses Zweifels habe ich die Rechtsfrage nicht berührt, deren Wichtigkeit Niemand mehr anerkennt als die sächsische Regierung. Allerdings, das wird Niemand verkennen mögen, ein aufrichtiges, wahres Bundesverhältniß ist materiell nicht vorhanden, wenn einer ausgesprochenen Meinung der Mehrheit gegenüber dennoch von der Minderheit Etwas unternommen wird, was den ausgeführten Ansichten zuwiderläuft. Allein auf der andern Seite wollen wir, wenn wir uns an das Formelle halten, nicht ganz vergessen, daß Oesterreich und Preußen, wenn sie morgen aus irgend einem Grund und Vorwand mit Dänemark Krieg anfangen wollen, denselben an und für sich aus ihrer Stellung als europäische Mächte dafür wohl ableiten können. Das Nächste, was uns in diesem Fall zu thun oblag, war die Wahrung der Unabhängigkeit unserer Bundesverwaltung in Holstein; darauf ist Bedacht genommen worden, und wie ich bereits erwähnte, mit vollständigem Erfolg.

Aus den sonstigen Reden erwähnen wir Folgendes. Reiche-Eisenstuck und der Exminister Georgi sprachen sich für die Verwirklichung der Trias aus. Letzterer sagte u. A.: Nach seiner Ansicht genüge eine übereinstimmende Erklärung der bundestreuen Regierungen über die Erbfolge-Frage nicht mehr; es sei in der That ein engerer Bund anzustreben; die Regierungen könnten dies um so unbedenklicher thun, als die konservativen Leute ihnen zur Seite ständen. Dörfling warnte davor, in jeder stärkern Erregung des Volks revolutionäre Bestrebungen wittern zu wollen; man möge sich hüten, sich von dieser Furcht ködern zu lassen; das Volk stehe gegenwärtig so fest, daß unreine Elemente die Uebermacht nie würden gewinnen können. v. Nostitz-Paulsdorf: Als das letzte Mal in diesem Saal die Angelegenheit verhandelt worden, habe er für mildere Fassung der Beschlüsse gewirkt; jetzt sei er ganz anderer Ansicht, denn jetzt handle es sich um unsere Existenz, d. h. um die Existenz der mittleren und kleinen Staaten. Von der Politik Preußens habe er niemals etwas Gutes erwartet: anders von Oesterreich; rücksichtlich dieses stehe er ganz auf dem Standpunkt eines getäuschten und verrathenen Freundes. Seiler sprach zu Gunsten des Herzogs Friedrich: es sei vollkommen der Sachlage entsprechend, daß derselbe nach Holstein geeilt sei. Er müsse die Unthätigkeit seiner, der großdeutschen Partei tadeln, und in dieser Beziehung die Thätigkeit von Gegnern anerkennen, z. B. des Nationalvereins, welcher in dieser Angelegenheit viel geleistet habe.

Lübeck, 25. Jan. (Hamb. Nachr.) Die Quartiermacher des 6. brandenburgischen Kürassierregiments sind in Schwartau (im oldenburgischen Fürstenthum Lübeck) zurückgewiesen worden. Zwei Kompagnien des 64. Regiments rücken so eben von hier zu deren Unterstützung dahin.

Oldenburg. Die „Ztg. f. Nordd." schreibt: „Zu den Regierungen, welche das Ihrige gethan, um dem Unrecht, welches die Großmächte mit ihrem Eindringen in Holstein üben, keine Art von Vorschub zu leisten, muß die oldenburgische gezählt werden. Da der preußische Befehlhaber auf den Protest gegen den Durchmarsch der preußischen Truppen durch das Fürstenthum Lübeck keine Rücksicht genommen, hat sie untersagt, denselben dort Quartier zu geben. Nach der „Börs.-H." soll sogar an der Grenze des Fürstenthums Lübeck (Eutin) den Preußen der Durchzug verweigert sein, und zwar durch oldenburgisches Militär. Die Preußen hätten in Folge Dessen dort Halt gemacht."

Eutin, 21. Jan. (Oldenb. Ztg.) Heute Mittag sind hier (oldenburgisches Gebiet) preußische Truppen (Kavallerie) eingerückt. Seit einigen Wochen liegt ein Theil der unter dem preußischen General v. Canstein stehenden Reserve der Exekutionstruppen im Amte Schwartau im Quartier. Die Regierung war dahin instruirt, daß sie auf Ansuchen dieses Generals bis zu 1800 Mann im Fürstenthum aufzunehmen habe. Vorgestern Abend wurde nun hier das Eintreffen von 4500 Mann zur Einquartierung in der Stadt und dem Amte Eutin angemeldet. Die Regierung protestirte gegen das Einrücken von mehr als 1800 Mann, und man ging andererseits auf diesen Protest ein. Die angemeldeten Truppen sollten nur einen Tag hier untergebracht werden und dann nach Plön marschiren. Es stand nun nicht zu bezweifeln, daß die fraglichen Truppen Okkupations- und keine Exekutionstruppen seien, was höchsten Orts gemeldet wurde. Im Lauf des gestrigen Tages und in der letztverflossenen Nacht kam denn auch der Befehl, den Durchmarsch preußischer Truppen zu verweigern und nur der Macht zu weichen, sowie in Zukunft nur den Requisitionen des Generals v. Hake Folge zu geben. Der Befehl kam zu spät, um die bereits ertheilte Marschordre rückgängig machen zu können. Der Kommandeur wurde zwar von demselben in Kenntniß gesetzt, auch begab sich der Amtmann Kuhlmann in Begleitung des Landreuterwachtmeisters Stolle an die Amtsgrenze, um Protest zu erheben; der Einmarsch war aber bereits erfolgt. Vor dem Einzug in die Stadt Eutin wurde preußischer Seits pro forma bei dem Stadtkommandanten Major Vollimhauß angefragt. Auf dessen Protest erfolgte die Antwort: „So rücken wir auf Befehl unseres Königs ein."

Kiel, 25. Jan. (Wes.-Z.) Diesen Morgen sind preußische Vortruppen angelangt. Sie haben auf der Wache statt der deutschen Fahne die preußische aufgezogen, und forderten, daß die Bürgerwache des Herzogs eingezogen werde; mit Zustimmung des Herzogs ist dieselbe der Gewalt gewichen. Nachmittags 4 Uhr sind zwei Bataillone des 60. Regiments und eine Batterie eingerückt; lautloser Empfang.

Berlin, 26. Jan. (Köln. Ztg.) Der Kronprinz von Preußen ist dem Generalstab des Feldmarschalls Wrangel zugetheilt worden.

Berlin, 26. Jan. (Köln. Ztg.) Der Einmarsch in Schleswig wird als unzweifelhaft angesehen. General Wrangel soll die definitive Aufforderung an die Dänen, Schleswig zu räumen, schon übermorgen, den 28., stellen und, wie es heißt, nur eine Frist von 24 Stunden für den Abzug der Truppen gewähren. Die Nachricht ist noch nicht ganz verbürgt und würde jedenfalls beweisen, daß für die diplomatischen Forderungen vor dem Einrücken kein neuer Termin mehr gestellt würde. Das dänische Aufschubgesuch wurde den Unterzeichneten des Londoner Protokolls, mit Ausnahme Preußens und Oesterreichs, übermittelt. England und Frankreich haben dasselbe in Berlin und Wien unterstützt, Frankreich, wie bestätigt wird, ersichtlich, weil die Unterstützung dem neuen Könige, der die Kongreßeinladung so bereitwillig angenommen hatte, nicht wohl passender Weise verweigert werden konnte. Aber die Unterstützung war nicht sehr energisch. Von dem famosen französischen, nahezu protestirenden Rundschreiben der „Independance" weiß hier Niemand etwas. Es ist, wie gesagt, eine Verwechslung mit der von französischer Seite dem dänischen Aufschubgesuche halbwegs gewährten Unterstützung. Was Frankreich später thun wird, dürfte von den Besorgnissen abhängen, welche ihm die nordische Koalition einflößen könnte, und von den Chancen der Wiederannäherung zwischen Frankreich und England. Aber man glaubt nicht, daß bis zu dem Einmarsch der Truppen in Schleswig ein Protest Frankreichs zu erwarten ist. — In Deutschland hat die Wiederannäherung der mittleren Staaten und der Großmächte noch keine weiteren Fortschritte gemacht. Ein neuer Streit wird wegen der Anerkennung des Herzogs Friedrich, welche die Mittelstaaten am Bunde fördern wollen, vorhergesehen. Diese Diskussion wird durch den in Schleswig bevorstehenden Kampf nicht verhindert werden. — Die Oktroyirungsabsichten des Ministeriums lassen weitschweifende Gerüchte entstehen. Namentlich ist die Vereinsfreiheit bedroht. Heißsporne der Reaktion sähen gewiß am liebsten gleich jetzt die Kriegsartikel der Verfassung verkündet und diese selbst zum guten Theil suspendirt. Aber sie werden sich doch gewiß noch damit gedulden müssen. — Nachschrift: Man bestätigt, Zwischenfälle vorbehalten, Feldmarschall Wrangel werde morgen, am 28., den dänischen General auffordern, ihm in 24 Stunden Schleswig in Pfand zu übergeben zur Erfüllung der Verpflichtungen von 1851 und 1852; geschieht dies nicht, so wird Wrangel die Eider sofort überschreiten.

Berlin, 27. Jan. Die neuen Vorschläge, welche Dänemark gemacht haben soll, sind nach der „Nordd. Allg. Ztg." alten Datums:

Schon in der bekannten Note des Kabinets Monrad an die nichtdeutschen Unterzeichner des Londoner Vertrags war diesen letzteren das Anerbieten von der dänischen Regierung gemacht worden, den Reichsrath auf Grund der November-Verfassung zu berufen und demselben Abänderungsvorschläge vorzulegen. England und Frankreich bemühen sich jetzt, in Berlin und Wien eine Frist für Dänemark auszuwirken, um die November-Verfassung durch den neuen Reichsrath verfassungsmäßig aufheben oder modifiziren zu können. Allein die deutschen Großmächte werden diesem Versuche, durch eine Suspension ihrer Maßregeln Zeit zu gewinnen, ihr Ultimatum entgegensetzen und dann sofort zum Handeln übergehen.

So das ministerielle Blatt gestern, heute schreibt es:

Wie wir hören, haben Preußen und Oesterreich die von Dänemark gestellte Forderung einer sechswöchentlichen Frist, um in der Zwischenzeit die Modifikation der November-Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege zu versuchen, entschieden abgelehnt. Die jetzige Einberufung des neuen Reichsraths, zu welchem, ebenso wie zum Folkething, die Wahllisten im Herzogthum Schleswig aufgestellt werden sollen, wird daher auf die militärischen Maßregeln der beiden Großmächte ohne Einfluß bleiben.

Vom 1. Armeekorps haben 5, vom 2. Armeekorps 3 Regimenter ihre Kriegsreserven behufs des Küstenschutzes in Preußen und Pommern eingezogen. Die Küstenbatterien haben insgesammt Infanterieschutz erhalten. Die 3. Festungskompagnie der Garde-Artilleriebrigade ist gleichfalls, in Folge der angeordneten Küstenbesetzung, aus Spandau nach Danzig abgerückt. In Folge der jüngst eingetretenen militärischen Bewegungen ist die in Folge des polnischen Aufstandes zum Schutze der preußischen Grenze erfolgte Truppenaufstellung vermindert, nichtsdestoweniger sind dort noch 10 Regimenter Infanterie, 7 Regimenter Kavallerie allein vom 6. und 5. Armeekorps, ohne die Truppen des 1. und 2. Armeekorps.

◇ **Berlin**, 27. Jan. Gestern langte Se. Königl. Hoheit der Großherzog von Oldenburg hier an, stattete Sr. Maj. dem König einen Besuch ab, empfing sodann den Ministerpräsidenten v. Bismarck und ist heute wieder abgereist. Seine Anwesenheit in Berlin soll mit der schleswig-holsteinischen Angelegenheit im Zusammenhang stehen. — Die Kriegsbereitschafts-Zurüstungen beim Gardekorps nehmen einen raschen Fortgang. Seit Ende voriger Woche treffen hier täglich aus den Provinzen größere Transporte von Reservisten ein. Dieselben werden sofort ihren Truppentheilen überwiesen. Heute kamen Reserven aus Westphalen

und der Rheinprovinz in Berlin an. Die Bataillone des Gardekorps sollen auf die Stärke von 1000 Mann gebracht werden. Zur Unterbringung der bedeutenden Massen von Ersatzmannschaften sind in den hiesigen Kasernen alle irgend benutzbaren Räumlichkeiten in Anspruch genommen worden. — Die gestrige Berathung des Staatsministeriums dauerte über drei Stunden. Nach dem Schluß der Sitzung war Hr. v. Bismarck zum Vortrag bei Sr. Maj. dem König. Darauf hatte derselbe Unterredungen mit dem britischen Botschafter und dem schwedischen Gesandten.

Wien, 26. Jan. Die „Presse" schreibt: „Wie uns aus Frankfurt gemeldet wird, hat der vereinigte Ausschuß des Bundestags beantragt, statt der aus dem Verbande der Bundestruppen entlassenen österreichisch-preußischen Truppentheile der ersten und zweiten Reserve für das Exekutionskorps in Holsten eine gleich starke Reserve aus dem 7. und 8. Bundes-Armeekorps aufzustellen."

Wien, 28. Jan. Aus den Aeußerungen des Staatsministers v. Schmerling in der ersten Sitzung des Finanzausschusses, worin der Zehn-Millionen-Kredit berathen wurde, tragen wir nach dem „Vaterland" noch Folgendes nach:

Schmerling erinnerte an eine öffentliche Unterredung, die er am Anfang des Jahres 1849 mit seinen Wählern in das Frankfurter Parlament hatte. Damals habe er gesagt, daß er zuerst Oesterreicher und dann Deutscher sei; auch gegenwärtig als Minister fühle er so. In Bezug auf die Rechberg'sche Politik bemerkte er, daß er den Erfolg derselben verbürgen zu können glaube. Der Unwille, den das Zusammengehen mit dem Ministerium Bismarck hervorrufe, sei nicht gerechtfertigt; er könne versichern, daß die Regierung keine Sympathien mit den gegenwärtigen, in Preußen herrschenden Anschauungen und Tendenzen habe, was jedoch kein Hinderniß sei, in Fragen der auswärtigen Politik mit Preußen zu gehen, wobei er nur auf das Beispiel von Nordamerika und Rußland verweise. Ja, es liege vielleicht gerade im Interesse Deutschlands und Oesterreichs, mit Preußen in Aktion zu gehen, statt es allein vorgehen zu lassen. — Alle Wahrscheinlichkeitsgründe sprächen für einen glücklichen Erfolg der diesmaligen Aktion, wenn es auch Niemanden möglich sei, hiefür eine Bürgschaft zu übernehmen. Oesterreich habe es sich zum nächsten Ziele gesetzt, die Stipulationen von 1851 durchzuführen und sei fest entschlossen, sich nicht mit bloßen Versprechungen der dänischen Regierung zu begnügen.

Frankreich.

♁ **Paris,** 27. Jan. Man spricht von einer an das englische Kabinet gerichteten Note des Hrn. Drouyn de Lhuys, wornach die französische Regierung in Folge der Weigerung Oesterreichs und Preußens, auf die befürwortete Frist wegen Schleswigs einzugehen, die Absicht bekunde, sich nun von jeder weitern Einmischung in den dänisch-deutschen Konflikt fern zu halten und den Gang der Ereignisse abzuwarten. Was mich jedoch die Genauigkeit dieser Nachricht bezweifeln läßt, ist der Umstand, daß die zuerst durch die „Morn. Post" gebrachte abschlägige Erwiederung der Regierungen von Wien und Berlin sich nur auf die Eröffnungen des dänischen Kabinets beziehen und gleichzeitig, wenn nicht gar vor den befürwortenden Schritten der Westmächte bei Oesterreich und Preußen erfolgt ist. Die Antwort der deutschen Großmächte auf diese Schritte ist dem Vernehmen nach erst heute in Paris eingetroffen. — Die Minister versammelten sich heute unter Vorsitz des Kaisers. — Im Gesetzgeb. Körper sprachen gestern die HH. Thiers, Chaix d'Est Ange und Berryer über die mexikanische Expedition. Die Rede des Erstern ist heute das Tagesereigniß. Uns vorbehaltend, näher darauf zurückzukommen, heben wir hier nur einige Sätze aus. „Es ist möglich", sagt Thiers, „daß meine Ansichten zu beschränkt sind; aber sich auf ein solches Unternehmen einlassen, um in der neuen Welt ein Kaiserreich zu gründen, das übersteigt meine Begriffe. . . . . Am Tage nach dem Einzug in Mexiko mußte man mit Juarez unterhandeln, dessen Partei sich eben jetzt General Bazaine selbst nähert." Der Redner geht sodann auf die Zukunft über, welche den neuen Kaiser von Mexiko, „für welchen man so eben eine Wahl-Rundreise macht", erwartet. Hr. Thiers zweifelt gar nicht daran, daß der österreichische Erzherzog von seinen Unterthanen gut aufgenommen werden wird, „denn neue Monarchen werden immer gut aufgenommen"; sofort aber werde er dann (wenn nicht die Franzosen ein oder zwei Jahre in Mexiko bleiben) ohne einen Piaster, ohne Armee, ohne ernstliche Stütze irgend einer Partei den Verlegenheiten aller Art gegenüberstehen, — abgesehen von der Feindseligkeit Nordamerika's, wenn erst dort der Krieg beendet und es nicht mehr nöthig sein wird, Frankreich und den von ihm eingesetzten Kaiser zu schonen.

Marquis Pasolini ist gestern nach Turin zurückgekehrt; sowohl seine politische, als seine finanzielle Mission ist, in Paris wie in London, erfolglos geblieben. — Die italienischen Blätter veröffentlichen ein Schreiben des Grafen Montalembert an den Papst und eine angebliche Antwort Pius IX. Brief und Antwort sind apokryph. — Ein Ordonnanzoffizier des Kaisers, Major Rolin vom Generalstab, stürzte gestern im Boulogner Wald mit dem Pferde und erlitt einen doppelten Schenkelbruch. — Dem „Sport" zufolge wird Erzherzog Maximilian nicht in den Tuilerien, sondern im „Grand Hotel" absteigen. — Die russische Regierung hat für ihre Gesandtschaft das prächtige Hotel des Herzogs von Escars in der Rue de Grenelle angekauft. Hr. v. Budberg gedenkt dort mehrere glänzende Feste zu geben. — Wie man versichert, wird die „Europe" des Hrn. Ganesco von Frankfurt nach Paris übersiedeln.

Trotz der stets regen politischen Besorgnisse war die heutige Börse sehr fest, in Folge des glänzenden Erfolges der Subskriptionen auf die Anleihe, die 4 Milliarden übersteigen. Rente bleibt 66.55. Mob. 1023.75. Ital. Anl. 68.75. Die französische Bank verweigert, dem Vernehmen nach, alle Wechsel zu escomptiren, welche von der Bank von Genua girirt sind. Grund dieser Maßregel ist die Goldausfuhr für Rechnung dieser Bank.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze. Der „Danzig. Ztg." wird aus Warschau gemeldet, daß der „Dziennik" wiederum mehrere kriegsgerichtliche Hinrichtungen brachte, darunter die von drei Preußen. Ferner veröffentlicht der „Dziennik" die Ernennungen der Militärbezirks-Chefs für das Königreich Polen nach der mehr erwähnten neuen Organisation. Am 18. Januar ging wieder eine Serie von 300 Nummern Ausgehobener, darunter viele in Ketten geschmiedet, von Warschau nach Rußland ab. Nach einer Depesche des „Nord" waren es 600, nach der „Danzig. Ztg." 500 Personen; denn so massenhaft und häufig sind jetzt die Deportationen, daß man sich weder von der einen noch von der andern Seite mehr um genaue Einzelheiten kümmert. Nach Abgang dieser Sendung wurde wiederum „eine Menge Personen", wie der Berichterstatter der „Danzig. Ztg." sich ausdrückt, verhaftet.

Großbritannien.

* **London,** 26. Jan. Die englischen Blätter ziehen jetzt gegen Oesterreich und Preußen fast eben so lebhaft zu Felde wie früher gegen den Bundestag. Doch lassen sie die Hoffnung, daß die deutschen Großmächte sich von der Besetzung Schleswigs abschrecken lassen werden, nicht ganz fallen. Am rücksichtsvollsten gegen die Großmächte äußert sich die „Times". Sie sagt u. A.:

Oesterreichs und Preußens Weigerung, ihre Operationen gegen Schleswig zu suspendiren, wird in Europa mehr Bedauern als Erstaunen erregen. Man muß sich indeß erinnern, daß die deutschen Großmächte, nachdem sie schon so weit gegangen sind, sich natürlicher Weise verpflichtet glauben, Angesichts der Nation, deren Führer sie spielen, und des Feindes, der sich zum Widerstande gegen sie anschickt, einige Thätigkeit zu entfalten. Sie haben den Stolz der kleineren Staaten über die Maßen gekränkt und sind auch in der Gunst der deutschen Nation gesunken. Es zeigt sich dies deutlich in dem Verhalten der Wiener und Berliner Volksvertretung... Bei dieser Stellung, die sie ihren Unterthanen gegenüber einnehmen, ist es kaum zu verwundern, daß sie nicht vollständig ihrem eigenen bessern Urtheil folgen können. Sie werden durch das lauteste und einstimmigste Geschrei, das je von einer europäischen Nation in unserer Zeit ausgegangen ist, vorwärts gedrängt. Aber wenn ihr Verfahren verständlich und bis zu einem gewissen Grade entschuldbar ist, sind die wahrscheinlichen Folgen darum nicht weniger beklagenswerth. Der König von Dänemark, der durch seine Zugeständnisse an Deutschland die Dänen fast eben so sehr verletzt hat, wie Oesterreich und Preußen die deutschen Enthusiasten beleidigt haben, konnte keinen andern Weg als den eingeschlagenen wählen. Wir müssen daher auf einen hartnäckigen Kampf gefaßt sein, sobald die Angreifer die Eider überschreiten. Dies Ereigniß ist um so mehr zu beklagen, als man bis vor 24 Stunden noch allgemein die Erhaltung des Friedens für möglich hielt. Das Kabinet hielt am Samstag eine Sitzung, und wünschte sich, wie wir glauben, Glück dazu, daß die Bemühungen der brittischen Regierung wahrscheinlich von Erfolg gekrönt sein würden. Aber die Ereignisse haben bewiesen, daß die deutschen Großmächte noch nicht stark genug sind, um gerecht sein zu können. (!) Sie haben verkündet, daß kein, noch so vollständiges Zugeständniß sie abhalten werde, einen Akt zu begehen, den Europa feierlich verdammt hat (!), ein Gebiet als Faustpfand für die Erfüllung angeblicher Stipulationen zu besetzen... Es wird, wie wir vertrauen, noch möglich sein, Frankreich, Rußland und Schweden mit Großbritannien zu einem dringenden Ersuchen zu einigen, daß die zwei Mächte sich enthalten mögen, die dänischen Stellungen am Danewerk anzugreifen. Wenn der Zusammenstoß noch auf einige Zeit hinausgeschoben werden kann, kann man sich noch immer der Hoffnung hingeben, daß der Krieg vermieden werden wird... Dank den Telegraphen und Eisenbahnen können die europäischen Regierungen mit einander Rücksprache nehmen und ein gemeinsames Handeln beschließen, ehe die Preußen und Oesterreicher mit ihrem Angriff bis zum Blutvergießen gelangt sind. Man sollte kein Mittel vernachlässigen, um ein solches Unglück zu verhüten... Aber ein einziger falscher Schritt, der in solcher Krisis gethan wird, kann sehr ernste Ereignisse zur Folge haben.

Die „Post" sagt:

Die englische Regierung macht die energischsten Anstrengungen, um die Deutschen von der Verfolgung ihrer desparaten Politik abzuhalten. Das beste Mittel zu dem gewünschten Zweck wäre eine Allianz zwischen England, Frankreich, Rußland, Schweden und Italien. Eine so große Maßregel läßt sich aber schwer in kurzer Frist bewerkstelligen. Während Rußland die deutsche Politik in den Herzogthümern durchaus mißbilligt, glaubt es sich doch der preußischen Regierung zu Dank verpflichtet, weil sie ihm gegen den polnischen Aufstand zu Hilfe kommt. . . . Frankreich ist in diesem Augenbick noch wegen Englands Haltung gegen den Kongreßvorschlag verstimmt. Leider geben sich die Deutschen deßhalb demselben falschen Wahn hin, der dem Kaiser Nikolaus zum Verderben ausschlug. Oesterreich und Preußen nehmen wirklich an, daß Frankreich und England nicht zusammen handeln werden. Nichts kann falscher sein. Wenn die Stunde schlägt, wird es sich zeigen, daß die Politik der Westmächte identisch ist... Ferner denken sie, daß England unter keinerlei Umständen Krieg führen werde. Aber . . . so gewiß wie die Deutschen über die Eider gehen, werden sie die Waffen Englands gegen sich haben, so gewiß haben sie die Franzosen am Rhein und die Italiener an der Grenze Venetiens. (!)

„Daily News" setzt ihre Friedenshoffnung ebenfalls auf die Anstrengungen, welche Englands Diplomatie bis zum 6. Febr. machen wird, und hält es gleich der „Post" für Pflicht und Schuldigkeit, die Deutschen aus dem Wahn zu reißen, daß sie es nur mit Dänemark zu thun haben.

Amerika.

* **Neu-York,** 15. Jan. (Mit der „City of Baltimore".) Das Bombardement hat in Charleston bedeutende Magazine zerstört. Die Stadt ist fast gänzlich von Truppen verlassen. In einer in Philadelphia gehaltenen Rede sagte Meade, daß er den Krieg in Virginien fortsetzen werde, sobald das Wetter es erlaube, und daß er hoffe, zu nächstem Sommer werde der Friede geschlossen sein. Im Senat zu Washington ist es zu lebhaften Diskussionen gekommen. Man brachte eine Motion vor, welche auf die Verbannung des Hrn. d'Avis aus Kentucky antrug, weil er Vorschläge gemacht habe, die den Charakter eines Hochverraths an sich trügen. Hr. d'Avis erwiederte, daß, falls er vertrieben würde, er nach Kentucky zurückkehren werde, um sich über Unterdrückung zu beschweren. Man meint, die Motion werde nicht angenommen werden.

Baden.

√ Karlsruhe, 27. Jan. (Nekrolog.) Der am 24. d. M. verewigte Oberst Mathias Zeroni, Kommandant des großh. Feld-Artillerieregiments, wurde in dem denkwürdigen Jahre 1812 zu Mannheim geboren, wo sein Vater, der großh. Hofrath Zeroni, als allgemein geachteter Arzt wirkte. Als strebsamer, mit den mannigfachsten glänzenden Anlagen ausgestatteter Jüngling trat der Hingeschiedene im Jahre 1827 als Kadet in großh. Dienste und wurde bereits im darauffolgenden Jahre zum Leutnant in der Artillerie ernannt, welcher Waffe er mit aller Hingebung sein ganzes Leben gewidmet hat. Stets darauf bedacht, seinen Geist zu bilden, welchem Bestreben der Besuch auswärtiger Militärschulen, sowie mehrere wissenschaftliche Reisen förderlich waren, ist es dem Verblichenen gelungen, die mannigfachen Stellungen, zu welchen ihn das Vertrauen seines Kriegsherrn berief, würdig und mit Erfolg auszufüllen.

In einer an Stürmen reichen Zeit war es ihm als Hauptmann und Batteriekommandant vergönnt, seine Treue für das angestammte Fürstenhaus mit seinem Blute zu besiegeln, und schmückte ihn in Folge dieses muthvollen Benehmens sein dankbarer Kriegsherr mit dem wohlverdienten Ehrenkreuz. Im Jahr 1852, unter Verwendung im Kriegsministerium zum Major ernannt, trat Zeroni bald darauf als Oberstleutnant in das Artillerieregiment zurück, dessen Kommando er im Jahr 1859 übernahm. In diesem Regiment wurde er im gleichen Jahre zum Obersten befördert und im Jahr 1862 durch Verleihung des Kommandeurkreuzes zum Zähringer Löwen ausgezeichnet.

Verehelicht hat sich der Verstorbene im Jahr 1844; die Gattin beweint mit 6 Kindern den Verlust des Gatten und Vaters. Gedenken wir des Schmerzes der hinterbliebenen Familie, welcher der Dahingegangene mit rührender Zärtlichkeit zugethan und für deren Zukunft er mit Aufbietung aller seiner körperlichen und geistigen Kräfte zu sorgen bemüht war!

Oberst Zeroni, welcher im kräftigsten Mannesalter stehend seinem Kriegsherrn die reifsten Früchte seines Lebensberufs zu bieten im Stande gewesen wäre, welcher in all seinem Wirken den Freunden, Kameraden und Untergebenen in kommenden schwierigen Tagen mit gediegenem Rathe hätte zur Seite stehen, welcher seiner heranwachsenden Familie eine kräftige Stütze hätte sein können, — er ist zu früh geschieden. Nach kurzem Krankenlager, welchem indessen seit geraumer Zeit auf die Abnahme der Kräfte deutende Erscheinungen vorangegangen waren, starb Oberst Zeroni ohne Kampf den 24. d. M. Abends 7 Uhr.

Es war der Verblichene im Besitz aller jener Gaben und Tugenden, welche den Mann und Soldaten zieren; es war seine imponirende geistvolle Erscheinung im Verein mit seinem lebhaften, gemüthlich-freundlichen und doch stets thatkräftigen, die volle Mannesenergie bekundenden Wesen dazu angethan, ihm die Achtung seiner Vorgesetzten nnd die Herzen seiner Untergebenen zu gewinnen — in allen Kreisen war er heimisch, in allen Kreisen war er beliebt — und so verliert das Regiment, an dessen Spitze er stand und in welchem sein Andenken lange fortleben wird, mit ihm den ehrenfesten Kommandanten; mit ihm ging ein aufrichtiger und opferfähiger Freund, ein treuer, hingebender Kamerad, und für das gesammte Offizierkorps eine Zierde des Standes dahin. Ruhe seiner Asche!

Mannheim, 28. Jan. Vergangene Nacht zwischen 10 und 11 Uhr brach das Rheineis, und heute früh 8 Uhr wurde der Dampfboot-Dienst an der Brücke, zur Vermittlung des gegenseitigen Personenverkehrs, wieder hergestellt. Auch die Ueberfahrtanstalt soll noch heute Vormittag ihren Dienst wieder aufnehmen. In der Mitte des Stromes ist derselbe gänzlich vom Eise befreit, während an den Ufern die Eisdecke zum Theil noch festsitzt, was insbesondere vor dem Hafeneingang, zunächst der Landungsplätze für die Dampfboote, der Fall ist. Hierdurch wurde verhindert, daß das Treibeis seinen Lauf in den „Giesen" nahm, und daß die von der Mühlau nach dem Parallelwerk führende Brücke der Ueberfahrtanstalt, deren Beschädigung vielfach befürchtet wurde, gänzlich unberührt blieb. Die hiesige Schiffbrücke dürfte wohl bis morgen wieder aufgestellt werden.

Mannheim, 28. Jan. (Mannh. J.) Gestern Nacht 11¾ Uhr geschah durch Böllerschüsse Benachrichtigung, daß sich das Rheineis in Bewegung setzen werde, aber erst heute früh gegen 4 Uhr ging das Eis wirklich fort. Das Neckareis steht noch fest; bei Wieblingen ist solches gestern aufgebrochen, konnte aber nicht weit abwärts dringen, so daß durch die Aufthürmung des Eises und Stauung des Wassers daselbst viel Schaden angerichtet ward.

Freiburg, 27. Jan. (Frbgr. Ztg.) Ein trauriger Unglücksfall ereignete sich heute Vormittag um 10 Uhr in dem hiesigen Bahnhof. Der hier stationirte Bahnwärter Friedrich aus Kippenheim wollte von dem rechtsseitigen Perron über das Schienengeleise gehen, wurde aber von der Maschine, welche den Schnellzug aus dem Oberland brachte und in das Maschinenhaus einfuhr, erfaßt, zu Boden geworfen und ihm der Kopf buchstäblich vom Rumpf getrennt. Der Verunglückte war Wittwer und Vater von 2 Kindern.

Vermischte Nachrichten.

— Hannover, 25. Jan. Der Hofsänger Niemann ist durch ein artiges Schreiben der Intendantur auf das Unpassende seines Impromptus aufmerksam gemacht und ihm die Hoffnung ausgedrückt worden, daß dergleichen nicht wieder vorkommen werde. Nach dem „Tageblatt" hat der König Hrn. Niemann auch mittheilen lassen, daß er die versuchte Aenderung des Textes sehr beklage. Der englische Gesandte hatte sich wegen des Vorfalls beschwerend an den Minister des Auswärtigen, Grafen Platen, gewandt, der seinerseits sich mit der Theaterverwaltung in Korrespondenz gesetzt hat.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

27. Jan.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28" 1,77'''	+ 1,0	S.W.	ganz bew.	trüb, Frost
Mittags 2 „	„ 1,06'''	+ 4,5	„	„ „	„ frisch
Nachts 9 „	„ 0,93'''	+ 5,5	„	„ „	„ regnerisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 29. Jan. **4. Abonnements-Konzert des großh. Hoforchesters** im Museumssaale, dem Gesammtpublikum zugänglich. Anfang 7 Uhr.

Z.d.734. Karlsruhe.

Rheinischer Eisenbahn-Verband.

Bekanntmachung.

Mit dem **1. Februar l. J.** werden für den direkten Güterverkehr im Rheinischen Eisenbahn-Verband — unter Aufhebung der betreffenden bisherigen Bestimmungen vom 1. September v. J. — ein neues Waarenverzeichniß und veränderte Frachtsätze für Güter des Spezialtarifs III, und zwar letztere für den Verkehr mit den königl. württembergischen Stationen zur Einführung gelangen.

Exemplare hievon sind bei den betreffenden Güterexpeditionen unentgeldlich zu haben.

Karlsruhe, den 27. Januar 1864.

Im Namen des Rheinischen Eisenbahn-Verbandes.
Die Direktion der großh. bad. Verkehrsanstalten.
Zimmer.
Spörin.

Z.d.726. Nr. 1224. Karlsruhe.

Die Wiederbesetzung der erledigten Steuerperäquatur Ettenheim betr.

Die Stelle des Steuerperäquators für den Amtsbezirk Ettenheim mit einem tarifmäßigen Gebührenertrag von 600 fl. bis 700 fl. ist anderweit zu besetzen.

Bewerber aus der Zahl der Steuerperäquatoren und der in Ziffer 5 der Finanzministerial-Verordnung vom 14. Dezember 1852 (St.-B.-Bl. von 1853, Seite 1) genannten Personen haben ihre Gesuche binnen 14 Tagen bei unterzeichneter Stelle einzureichen.

Karlsruhe, den 22. Januar 1864.
Steuer-Direktion.
Kühlenthal.
Hagmaier.

Z.d.721. Karlsruhe.

Anzeige.

Ich wohne nunmehr Langestraße Nr. 50, Ecke der Adlerstraße, im Hause des Herrn Banquier David Homburger, 2 Treppen hoch.

Karlsruhe, den 28. Januar 1864.
M. Ellstätter, Rechtsanwalt.

Z.d.646. Karlsruhe.

Cirque Hinné

(auf dem Schloßplatz).
Jeden Abend
Große Vorstellung.
(Neues Programm.)
Einl. 6 Uhr, Anf. 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Kommissions-Artikel-Gesuch.

Waarenmuster oder Kommissionslager jeder Art werden gesucht. Schriftliche Franko-Offerten unter A B 1 befördert die Expedition dieses Blattes. Z.d.596.

Kellnergesuch. Z.d.733. In eine Delikatessenwirthschaft wird ein Kellner mit bescheidenen Ansprüchen gesucht, der sich über Treue und Fleiß und soliden Charakter genügend auszuweisen vermag. Franko-Offerten, versiegelt, unter Chiffre G. R. nimmt die Expedition dieses Blattes entgegen.

Z.d.423. Frankfurt a. M.

300,000 Gulden

Hauptgewinn der vom Staate garantirten
neuen Prämien-Verloosung.
Ziehung am 1. Februar l. J.

Dieses von allen bestehenden Geld-Verloosungen mit den größten Treffern ausgestattete Unternehmen bietet den Theilnehmern die äußerst günstige Aussicht dar, mit nur einer sehr geringen Einlage bedeutende Kapitalien zu gewinnen.

Hauptgewinne: **114** mal **300,000** fl.; **114** mal **50,000** fl.; **114** mal **25,000** fl.; **228** mal **10,000** fl.; **1710** mal **5000** fl.; **3420** mal **1000** fl. 2c. 2c. bis **600** fl. niedrigster Gewinn, den jedes Obligations-Loos mindestens erhalten muß.

Ein Antheilschein für obige Ziehung giltig, kostet . . . . P. Rthlr. 1.
Sieben Antheilscheine für obige Ziehung giltig kosten . . . . P. Rthlr. 6.

Gef. Aufträge werden gegen Baarsendung oder Postnachnahme prompt und verschwiegen ausgeführt, und erfolgen die Gewinnlisten nach der Ziehung franko.

Umfassende Verloosungspläne werden auf frankirte Anfragen gratis versandt.

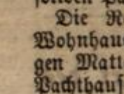
Emil Deltour,
Frankfurt a. M., Staats-Effekten-Handlung.

Z.d.723. Mannheim. Eine

Leihbibliothek zu verkaufen, besonders geeignet für **Buchbinder** in kleinen Städten. Ungefähr 1500 Bände, pro Band zu 9 kr. **gegen baar,** nebst einer Anzahl gedruckter Kataloge. Näheres zu erfahren bei **Tob. Löffler** in **Mannheim.**

Mühlenverkauf. Z.d.730. Baden. Ein Wohnhaus, Scheuer und Stall. Ein zweistöckiges Mühlengebäude mit 3 Mahl- und 1 Schälgang, Putzmaschine neuester Konstruktion, großer Hofraum Gemüse und Baumgarten. Die Mühle liegt 1/2 Stunde von Bühl entfernt. Verkauf aus freier Hand unter vortheilhaften Bedingungen. Näheres beim Eigenthümer in Baden, obere Hardtgasse Nr. 354.

Z.d.716. Maulburg.



Hofgutsverkauf oder Verpachtung.

Im badischen Oberland im Wiesenthal, Amts Schopfheim, ist ein Hofgut zu verkaufen oder an einen soliden Pächter auf mehrere Jahre zu verpachten.

Die Realitäten bestehen in einem zweistöckigen Wohnhaus nebst Oekonomiegebäude und ca. 25 Morgen Matten und Ackerland, Alles in der Nähe des Pachthauses gelegen, eine Stunde von der Eisenbahn, und eignet sich vorzüglich zur Betreibung einer Sennerei.

Liebhaber zum Kauf oder Pacht wollen sich direkt an Haus Nr. 71 in Maulburg, Amts Schopfheim, wenden, allwo auch die näheren Bedingungen eingesehen werden können.

Briefe werden franko erbeten.

Z.d.705. Nr. 86. Weingarten, Oberamts Durlach.

Stammholzversteigerung.

Im Gemeindewald Höfenschlag und Höforst werden am

Mittwoch den 3. Februar
32 Stämme Eichen, Holländer-, Bau- u. Nutzholz;

am

Donnerstag den 4. Februar
141 Stämme Eschen, Schmied- und Wagnerholz,
96 " Erlen,
8 " Birken,
1 Stamm Rothbuchen

öffentlich versteigert.

Zusammenkunft ist jeden Morgen halb 9 Uhr beim Rathhaus.

Weingarten, den 25. Januar 1864.
Bürgermeisteramt.
Reis.

Z.d.719. Nr. 64. Zeutern, Oberamts Bruchsal.

Holzversteigerung.

Am Donnerstag den 4. Februar d. J., Morgens 9 Uhr, werden aus dem hiesigen Gemeindewald, Distrikt Besinger, 48 Stück zu Boden liegende Eichstämme, worunter Stämme über 100 Kubikfuß, gegen baare Zahlung versteigert.

Die Zusammenkunft findet auf der Hiebsfläche statt; wozu die Steigerungsliebhaber eingeladen werden.

Zeutern, den 27. Januar 1864.
Bürgermeisteramt.
Schmitt.

Z.d.720. Ringsheim.

Holzversteigerung.

Die Gemeinde Ringsheim versteigert am
Freitag den 5. Februar d. J.,
Vormittags 9 Uhr anfangend,
in ihrem Niederwald nachbeschriebene Holzsortimente gegen baare Zahlung: 46 Stück Eichstämme von 30 bis 165 Kubikinhalt, welche sich zu Nutz- und Holländerholz eignen.

Ringsheim, den 27. Januar 1864.
Bürgermeisteramt.
Bosch.

Z.d.713. Waibstadt.

Stammholz-Versteigerung.

Am Mittwoch den 3. und Donnerstag den 4. Febr. d. J., je Vormittags 1/2 9 Uhr anfangend, werden aus hiesigem Gemeindewald, Distrikt Forlenwald, versteigert:

104 Stämme Eichen, 375 Forlen, 13 Tannen, 1 Kirschen- und 2 Adlerskirschbäume und 1 Aspe.

Von den Eichen- und Forlenstämmen eignen sich die Hälfte zu Holländer-, das übrige zu Nutzholz.

Waibstadt, den 23. Januar 1864.
Bürgermeisteramt.
Wacker.

B.685. Nr. 572. Adelsheim. (Bekanntmachung.) Zufolge Verfügung vom Heutigen, Nr. 572, wurde unter Ordn.-Ziff. 6 des Gesellschaftsregisters eingetragen die Firma J. Fischer in Adelsheim; die Gesellschafter sind: 1) Michael Scholl's Wittwe, Auguste, geb. Fischer, und 2) Lina Fischer allda. Die Gesellschaft hat am 2. Dezember 1862 begonnen. Ehevertrag der Auguste Scholl, geb. Fischer, de dato Adelsheim, den 22. September 1859, mit Michael Scholl von Dossenheim, wornach jeder Theil 10 fl. in die Gemeinschaft einwirft und alles übrige, gegenwärtige und künftige Fahrnißeinbringen verliegenschaftet wird. Adelsheim, den 22. Januar 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Rauch.

B.686. Nr. 657. Weinheim. (Bekanntmachung.) Kaufmann Gg. Adam Jäger von Heppenheim hat unterm 1. November v. J. unter der Firma: „G. A. Jäger" in Weinheim ein Handelsgeschäft errichtet, und am 21. September v. J. mit Marie Schlott von hier einen Ehevertrag abgeschlossen, wornach jeder Theil die Summe von 10 fl. in die Gemeinschaft einwirft, alles übrige, gegenwärtige und zukünftige Vermögen aber davon ausgeschlossen wird. — Weinheim, den 22. Januar 1864. Großh. bad. Amtsgericht Gerlach.

B.687. Nr. 658. Weinheim. (Bekanntmachung.) Ascher Löb Gutmann von Leutershausen hat unterm 13. Januar d. J. unter der Firma: „A. L. Gutmann" ein Handelsgeschäft in Leutershausen errichtet und unterm 11. d. Mts. mit Johanne Jakobi von Leutershausen einen Ehevertrag abgeschlossen, wornach jeder Theil den Betrag von 25 fl. in die Gemeinschaft einwirft, alles übrige, gegenwärtige und zukünftige, fahrende Vermögen aber von der Gütergemeinschaft ausgeschlossen wird. — Weinheim, den 22. Januar 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Gerlach.

B.689. Nr. 656. Weinheim. (Bekanntmachung.) Die Handlungsfirma: „H. W. Winteroll" dahier ist erloschen. — Weinheim, den 22. Januar 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Gerlach.

Z.c.461. Nr. 1014. Rastatt. (Vorladung.)
J. S.
Matheus Kühn von Rastatt
gegen
die Jakob Stoll'schen Eheleute von Rastatt, nun in Amerika,
Pfandstrichsbewilligung betr.

Am 13. Februar 1847 kaufte Lorenz Weingärtner von hier von den Jakob Stoll'schen Eheleuten ein Viertel Acker im obern Mönchfeld, neben Johann Nikolai und Franz Stößer um 66 fl., welcher Kauf an diesem Tage gewährt und der Kaufschilling am 25. Februar 1847 bezahlt wurde — die Erben des Lorenz Weingärtner verkauften sodann diese Liegenschaft an den Kläger um 115 fl., welcher Kauf am 24. April 1862 ebenfalls gewährt wurde; es ist nun noch das Vorzugsrecht der Verkäufer, der Stoll'schen Eheleute, durch Eintrag vom 13. Februar 1847 im Grundbuch Band XIX, Nr. 556, Seite 567, vorgemerkt, dessen Ausstreichung auf den Grund der behaupteten Zahlung verlangt wird.

Darauf gestützt, stellt Kläger die Bitte, die Beklagten, die nach Amerika ausgewandert sind, öffentlich vorzuladen, und dieselben auf gepflogene Verhandlung zur Streichung des erwähnten Eintrags zu verurtheilen.

Auf diese Klage ergeht

Beschluß.

An die Beklagten:

Zur mündlichen Verhandlung über die Klage wird Tagfahrt auf

Dienstag den 12. April d. J.,
früh 9 Uhr,

anberaumt, und Sie werden dazu unter Androhen des Rechtsnachtheils vorgeladen, daß bei Ihrem Ausbleiben die Klagbehauptungen für zugestanden, und die Einreden für versäumt erklärt würden.

Zugleich haben Sie einen Gewalthaber zum Empfang der Zustellungen zu ernennen, da diese sonst durch Anschlag an die Gerichtstafel geschehen würden.

Rastatt, den 22. Januar 1864.
Großh. bad. Amtsgericht.
Kärcher.

Z.c.462. Nr. 1017. Rastatt. (Vorladung.)
In Sachen
des Berthold Hitscherich zum Bären dahier
gegen
die Erben des verstorbenen Hofgerichtsadvokaten Ganter von hier, in specie gegen
Emil Ganter, z. Z. in Amerika,
Pfandstrichsbewilligung betreffend.

Der Kläger Berthold Hitscherich zum Bären dahier hat mit Klage vom 14. Jan. d. J. vorgetragen, daß er das Bärenwirthshaus mit Zubehörde am 8. Dez. 1859 von Karl Link dahier erkauft habe, und der Kauf gewährt wurde. Der Kläger macht geltend, daß er das Kaufobjekt frei von denjenigen Pfandlasten erworben habe, welche zu Gunsten des Rechtsvorfahrers des Beklagten, Hofgerichtsadvokaten Ganter von Rastatt, zu dessen gesetzlichen Erben der Beklagte gehört, am 16. April 1846 in Theil 14, Nr. 509, Seite 320 des Pfandbuchs, wegen Forderung von 504 fl. 26 kr., aus Vergleich eingetragen worden ist.

Die Entledigung des Bärenwirthshauses von der angeführten Pfandlast wird darauf gestützt, daß der frühere Eigenthümer Theodor Bohnenberger von Pforzheim dasselbe am 28. Sept. 1846 in der gegen den damaligen Inhaber Wilhelm Dieterle vollzogenen Vollstreckungsversteigerung um 12500 fl. ersteigert hat, und daß der Kaufschilling an den Steigerer selbst als Hauptgläubiger verwiesen, und daß gegen das ganze Vollstreckungs- und Verweisungsverfahren von Seiten der Gläubiger, und insbesondere des Beklagteschen Rechtsvorfahrers eine Einsprache nicht erhoben, und daß hierdurch die Entledigung des Kaufobjektes von den darauf lastenden Pfandeinträgen bewirkt worden ist. Darauf gestützt, stellt Kläger die Bitte:

Den in Amerika an unbekanntem Orte abwesenden Beklagten öffentlich vorzuladen, und zur Streichung des benannten Eintrags, unter Verfällung in die Kosten, zu verurtheilen.

Auf diese Klage ergeht

Beschluß.

An die Beklagten:

Zur Vernehmlassung auf diese Klage wird Tagfahrt auf

Dienstag den 12. April d. J.,
früh 9 Uhr,

anberaumt, und Sie werden mit Androhen des Rechtsnachtheils dazu vorgeladen, daß bei Ihrem Ausbleiben die Klagbehauptungen für zugestanden und die Einreden für versäumt erklärt würden.

Sie haben zugleich einen hiesigen Gewalthaber zum Empfang der Zustellungen zu ernennen, da letztere sonst durch Anschlag an die Gerichtstafel geschehen würden.

Rastatt, den 22. Januar 1864.
Großh. bad. Amtsgericht.
Kärcher.

Z.c.463. Nr. 1105. Müllheim. (Versäumungserkenntniß.) Alle dingliche Rechte an den in unserer Aufforderung vom 7. v. M. angegebenen Liegenschaften werden der Christine Flath von Kaltenbach gegenüber für erloschen erklärt.

Müllheim, den 22. Januar 1864.
Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. v. Rotteck.

Z.c.466. Nr. 549. Neckargemünd. (Bekanntmachung.) Einem dahier in Untersuchungsverhaft sich befindenden Individuum wurden die unten beschriebenen beiden silbernen Uhren abgenommen, über deren redlichen Erwerb sich derselbe nicht hinreichend auszuweisen vermag.

Etwaige Eigenthumsansprüche an diese Uhren wollen anher geltend gemacht werden.

Beschrieb der Uhren.

1) Eine silberne Cylinderuhr mit weißem Zifferblatt, römischen Zahlen, stählernen Zeigern, geschliffenem Glas und geripptem Gehäuse, auf welchem eine Blume eingravirt.

An der Uhr, welche die Größe eines Zweiguldenstücks hat, befindet sich ein schwarzes Gummischnürchen mit gewöhnlichem messingenem Uhrenschlüssel.

2) Eine silberne Ankeruhr mit Goldrand, auf 13 Steinen laufend, weißem Zifferblatt, römischen Zahlen, blauen stählernen Zeigern (auch Sekundenzeiger), geschliffenem Glas, geripptem Gehäuse, auf welchem ein Löwenkopf eingravirt ist.

An der Uhr befindet sich eine schwarze, wollene Schnur, ein Knöpfchen von Messing mit rothem Stein und ein gewöhnlicher Uhrenschlüssel.

Neckargemünd, den 21. Januar 1864.
Großh. bad. Amtsgericht.
Thilo.

Z.c.464. Nr. 1131. Müllheim. (Aufforderung.) Maximiliane Dietrich von Engen ist der Entwendung eines seidenen Halstuches, im Werthe von 2 fl. 20 kr., zum Nachtheil der Barbara Rieber, und der Entwendung einer wollenen Kapuze, im Werthe von 1 fl., und eines Paars Frauenstiefel, im Werth von 30 kr., zum Nachtheil der Ehefrau des Spitalverwalters Zahner dahier, und damit eines dritten gemeinen Diebstahls beschuldigt. Da der Aufenthalt der Angeschuldigten unbekannt ist, so wird dieselbe anmit aufgefordert,

binnen 3 Wochen

bei diesseitigem Gerichte sich zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnisse der Untersuchung das Erkenntniß gegen sie gefällt würde.

Müllheim, den 26. Januar 1864.
Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. v. Rotteck.
vdt. Zentner.

Z.c.457. Nr. 1011. Freiburg. (Fahndungszurücknahme.) Das diesseitige Fahndungsausschreiben gegen Andreas Stühlinger von Tenzlingen vom 11. d. M., Nr. 205, wird hiemit zurückgenommen.

Freiburg, den 20. Januar 1864.
Großh. bad. Stadtamtsgericht.
Lang.

Nr. 791. Stühlingen. (Berichtigung.) Die Erbvorladung des ledigen Metzgers Fidel Stadler von Stühlingen betr. — ist in der Beilage zu Nr. 11 dieser Zeitung unrichtig angegeben, daß solcher zur Erbschaft seiner Mutter, der „Notar" Abröll's Wittwe, Anna, geb. Gäng, von Stühlingen berufen sei; dies wird nun dahin abgeändert, daß Fidel Stadler, Metzger, zur Erbschaft seiner Mutter — der Anton Abröll's Wittwe, Anna, geb. Gäng — von Stühlingen mitberufen ist.

Bonndorf, den 26. Januar 1864.
Großh. bad. Amtsrevisorat.
Stuhl.
vdt. Bär, Notar.

Nr. 792. Bonndorf. (Berichtigung.) Die Erbvorladung des Kaspar Duttlinger — ledig, von Grimmelshofen betr. — ist in Nr. 10 dieser Zeitung unrichtig angegeben, daß der gestorbene Feldmesser Johann Duttlinger von „Himmelshofen" sei; dies wird hiermit dahin berichtigt, daß Erblasser von „Grimmelshofen" ist.

Bonndorf, den 26. Januar 1864.
Großh. bad. Amtsrevisorat.
Stuhl.
vdt. Bär, Notar.

Z.c.469. Nr. 683. Borberg. (Freie Aktuarsstelle.) Die Stelle des zweiten Aktuars bei diesseitigem Amtsgerichte ist frei geworden, womit ein fixer Gehalt von 350 fl. und ca. 50 fl. Accidenzien verbunden sind.

Die Stelle soll sogleich wieder besetzt werden, und wollen sich die Bewerber deßhalb an den unterzeichneten wenden.

Borberg, den 27. Januar 1864.
Großh. bad. Amtsgericht.
Steinwarz.

Frankfurt, 27. Jan. 1863. **Staatspapiere.**

		per compt.			per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	5% Obligation.	101 1/4 P.
"	5% do. in holl. St.	— —	"	4% do.	99 3/4 P.
"	5% do. 1852 in Lst.	76 3/8 G.	"	3 1/2% dto.	94 B.
"	5% do. 1859 " "	76 3/8 G.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101 1/2 G.
"	5% Lomb. i. S. b. R.	90 3/4 P.	"	4 1/2% dto.	101 P.
"	5% Venet. L. b. R. 6/7	77 1/4 P.	"	4% dto.	99 7/8 P.
"	5% Nat.-Anl. 1854	63 7/8 b.G.	"	3 1/2% dto.	92 1/4 G.
"	5% Met.-Obligat.	66 3/4 G.	Brschw.	3 1/2% O. b. R. à 105	91 3/4 G.
"	5% do. 1852 L. b. R.	— —	Lrbg.	4% C.-Fr. à 28 fr. b. E.	90 P.
"	4 1/2% Met.-Oblig.	50 1/4 G.	Frankf.	3 1/2% Obligation.	98 7/8 P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	— —	"	3% dto.	— —
"	4 1/2% do.	100 1/8 P.	Rußl.	5% Obl. in L. à fl. 12	86 P.
"	4% do.	95 1/2 P.	Finnl.	4 1/2% Obl. i. R. à 10	84 3/4 P.
"	3 1/2% Staatssch.	87 3/4 P.	Span.	3% inl. Schuld	50 3/8 P.
Bayern	4 1/2% 1jährig.	101 1/4 P.	"	2% Schuld	45 1/2 P.
"	4 1/2% 1/2jährig	101 3/8 P.	Belgien	4 1/2% O. Fr. à 28 fr.	99 7/8 P.
"	4% 1jährig	99 5/8 P.	Italien	5% Rente Fr. à 28.	— —
"	4% 1/2jährig	99 5/8 P.	Schwd.	4 1/2% Obligat. en.	94 7/8 P.
"	4% Ablös.-Rente	99 1/2 P.	"	4 1/2% Pfdbf. L. B. & C.	95 1/2 P.
"	3 1/2%	97 1/2 G.	Schwz.	4 1/2% E. O. Fr. à 28	100 1/2 P.
Wrtbg.	4 1/2% Obl. b. Rth.	104 1/8 P.	"	4 1/2% Bern. St.-C.	102 P.
"	4% dto.	100 1/2 P.	"	4% dto.	— —
"	3 1/2% dto.	94 1/2 P.	"	5% Gf. St. O. Fr. 28	97 B.
Baden	4% Obligation.	100 B.	N.-Am.	6% St. i. D. à fl. 2.30	— —
"	3 1/2% dto. v. 1842	92 3/4 P.	"	5% do. 1871 u. 74	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	133 1/4 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	49 1/2 G.
5% Oesterr. Bank-Aktien	753 B.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB	50 5/8 P.
3% " Cred. A. i. O. W.	173 b.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	76 1/8 G.
4% Bayr. Bank à fl. 500	— —	5% do. neueste Emiss. 6/7	70 1/2 b.
3% Darmst. B.-A. à fl. 250	211 G.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	— —
4% Weimar. Bank-Aktien	86 1/2 G.	4 1/2% Hess. Lbwgsb.-Prior.	100 3/4 G.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	90 1/4 G.	4% Oest. Süd. I. Pr.-O. i. Silb.	75 1/4 P.
4% Luxemb. Bank-Aktien	107 P.	5 " " " 2. " "	— —
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4 1/2% Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	— —
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	320 G.	4% " " "	97 7/8 G.
3 1/2% Frankf.-Han. Eisb.-A.	— —	4 1/2% Rhein-Naheb. Pr. O.	97 1/2 G.
5% Oesterr. Staats-Eisb.-A.	— —	4 1/2% Frkft.-Han. Prior. O.	— —
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/8	111 1/2 P.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
Rhein-Nahe-Bahn	25 1/2 P.	4% Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	249 1/2 G.
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	136 3/4 P.	Span. Cr. b. Pereire 70% "	— —
4 1/2% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	102 7/8 P.	4 1/2% Bayer. Ostb. 30% "	107 3/4 P.
4 1/2% Bayer. Ostbahn-Aktien	107 3/4 P.	3% Deutsch. Phönix 20% "	156 B.
4% Hess. Ludwigsbahn	123 P.	4% Frkf. Provident. 10% "	92 1/2 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% "	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R. 1839	113 G.
" 250 " " 1854	72 3/4 P.
" 100 " Pr. L. 1858	126 3/4 B.
" 500 " v. 1860 6/7	76 3/8 bG.
3 1/2% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9 3/4 P.
Bad. 50-fl.-Loose	— —
" 35- " "	52 3/4 P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	53 1/4 P.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	132 1/2 P.
" 25 " "	39 P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	38 3/8 P.
Sard. 36 Fr. L. b. B.	58 1/2 P.
Ital. 45 Fr. L. b. R.	33 3/4 P.
3% L. A. d. St. Brüss	95 P.
2 1/2 Stt. Pr. O. b. G.	34 P.
3% Bordeaux 100 Fr	— —
Ansb.-Gunzenh. L.	12 P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k.S.	99 3/8 G.
Antwerpen	"	93 G.
Augsb. 24 fl. 100	"	99 7/8 B.
Berlin	"	104 7/8 G.
Bremen	"	96 5/8 B.
Brüssel	"	93 G.
Cöln	"	105 1/8 B.
Hamburg	"	88 3/8 G.
Leipzig	"	104 3/4 G.
London	"	117 1/2 G.
Mailand i. Fr. 200	"	92 7/8 B.
München	"	99 7/8 B.
Paris	"	93 G.
Wien	"	95 5/8 G.
Disconto		4 1/2% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 38 -39
Preuß. Frd'or.	"	9 55 1/2-56 1/2
Holl. fl. 10 St.	"	9 44 1/2-45 1/2
Rand-Ducat.	"	5 32 -33
20-Frankenst.	"	9 18 1/2-19 1/2
Engl. Sover.	"	11 40 -44
Gold pr. Zpfd.	"	803 -8
Hh. Silb. p. Zpfd.	"	52 6 -36
Preuß. Cassisch.	"	1 44 7/8-45 1/8
Doll. in Gold	"	2 25 -26

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.

BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg